

Die zentralen Punkte der Neujahrsrede von Hubert Aiwanger, Landes- und Bundesvorsitzender FREIE WÄHLER, beim Dreikönigstreffen in Bad Füssing, 6. Januar 2024

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mir ist nicht wohl, wenn ich sehe, was derzeit die Regierung in Berlin abliefern. Wie sie alle Leistungsträger systematisch konfrontiert, aus Unwissenheit oder mit Absicht. Wie sie Landwirte, Mittelstand, Handwerker, Hausbesitzer, die Ärzteschaft, die Freiberufler, die Selbständigen, aber genauso die Rentner und auch die sozial Schwachen trifft mit ihrer verfehlten Politik. Eine Politik, die darauf abzielt, die Leistungsträger immer mehr zu belasten und die immer mehr Geld für Dinge ausgibt, wo sich der Normalbürger fragt, ob das denn Sinn macht.

Ich will gar nicht auf die Radwege in Peru eingehen, für die hunderte Millionen Euro aus Deutschland bezahlt werden. Mich würde interessieren, ob ein solcher Radweg jemals gebaut wird oder ob er nur eröffnet wird und nach der nächsten Kurve endet und die Leute vor Ort die Gelder in Wirklichkeit anderweitig nutzen. Mich würde es nicht wundern. Aber wir haben noch größere Baustellen im eigenen Land, wo wir es nicht hinbekommen, seit Jahren die Zuwanderer, die zu uns kommen in Arbeitsverhältnisse zu bekommen. Wo wir es nicht hinbekommen, die Grenzen für diejenigen dicht zu halten, die gar nicht zu uns kommen dürften.

Wir hatten vor Kurzem mit der IHK in München eine Veranstaltung mit Ukrainern, die arbeitswillig wären. Wir bräuchten diese Leute in unseren Betrieben, wir bräuchten sie als Kontakte für den Wiederaufbau, wir bräuchten sie als Dolmetscher, um Wirtschaftskontakte nach Osteuropa aufzubauen und um offene Stellen in Deutschland zu besetzen. Aber in Deutschland ist der Anteil von Ukrainern, die arbeiten, prozentual am niedrigsten in Europa, weil bei uns die Sozialleistungen am höchsten sind.

Wohnung, Heizung und 560 Euro, meine Damen und Herren, ist eben lukrativer als für Mindestlohn oder etwas darüber zu arbeiten. Und viele könnten auch deutlich mehr verdienen, rechnen es sich aber mit spitzem Bleistift aus und sagen dann: ‚Das lohnt sich für mich nicht.‘ Und deswegen ist es eine alte Forderung der FREIEN WÄHLER, die ich hier und heute auch wiederhole, dass wir 2.000 Euro im Monat steuerfrei bei der Lohn- und Einkommensteuer haben wollen, damit wenigstens der Mindestlohn-Empfänger seine 2.000 Euro auch auf die Hand bekommt. Diese müssen dann immer noch 400 Euro Sozialabgaben bezahlen und zusätzlich Steuern. Das heißt: Für den Mindestlohn-Empfänger bleiben deutlich unter 1.500 Euro im Monat übrig.

Und wie gesagt, Wohnung und Heizung plus 560 Euro sind dann doch mehr. Insofern liegt dort schon der Hase im Pfeffer, dass wir 4 Millionen Leute, die arbeiten könnten und vielleicht sogar arbeiten wollten, wenn man sie gezielt dorthin führt, in unserem Land haben. Dieses System ist falsch aufgestellt, so benötigen wir zig Milliarden an Steuergeldern, um diesen Wahnsinn auf Dauer durchzuhalten. Und dann beginnt man zu sortieren, welche Ausgaben man sich leisten kann. Dann werden die Krankenhaus-Zuschüsse gekappt, dann werden die Mittel für den ländlichen Raum gekappt, dann sollen die Landwirte plötzlich für ihren Agrardiesel den vollen Steuersatz bezahlen, obwohl bis dato ja die Erklärung für den reduziert den Steuersatz bei Agrardiesel immer gewesen ist und auch so bleibt, dass die Landwirte mit ihren Traktoren überwiegend auf den eigenen Feldern fahren und nicht auf den öffentlichen Straßen. Und jetzt haben sich die Landwirte gedacht: ‚Okay, wenn ihr uns auf den Straßen haben wollt, dann könnt ihr uns haben, dann fahren wir eben auf den Straßen, wenn ihr schon wollt, dass wir besteuert werden.‘

Völlig grotesk war der Gedanke, auch Mähdrescher, Häcksler und dergleichen in die KFZ-Steuer zu bringen. Meine Damen und Herren, als nächstes wird die Ampel auch die Mikrowellen und die Waschmaschinen unter eine Steuerpflicht stellen. Nach dem Motto: ‚Alles, was sich dreht und arbeitet, muss besteuert werden.‘ Um für die, die sich nicht rühren und nicht arbeiten, genügend Steuergelder zu haben.

Klare Botschaft an die Ampel: Wir müssen im ganz großen Stil diejenigen, die arbeiten, die ihre Familie ernähren, die sich um ihr Haus kümmern, die sich ums Ehrenamt kümmern, alle die, die täglich in die Arbeit gehen, entlasten. Und wir müssen bei denen genauer hinschauen, die nicht arbeiten wollen.

Ich betone: Genauer hinsehen bei denen, die nicht arbeiten wollen, damit wir für diejenigen, die nicht arbeiten können, obwohl sie wollten, weiterhin einen Sozialstaat haben. Und das ist unser Ziel als FREIE WÄHLER, einen Sozialstaat bester Prägung aufrecht erhalten zu können. Für die sozial Schwachen, für kranke Leute, für Alleinerziehende, die sich nicht 40 Stunden in der Woche arbeiten können, weil sie sich um ihre Kinder kümmern müssen und für Leute, die ihre Eltern oder Großeltern zu Hause pflegen.

Für diejenigen brauchen wir den Sozialstaat und wir brauchen ihn auch für den, der sein Leben lang gearbeitet hat, Steuern einbezahlt hat und jetzt als Rentner am Ende seines Lebensabschnitts noch ein paar Jahre sozial abgesichert leben will. Aber dem wird alle paar Monate unter die Nase gerieben, dass man sich diese hohen Renten auf Dauer nicht mehr leisten könnte.

Insofern ist es ein Skandal, dass die Renten überhaupt besteuert sind und dass viele in Altersarmut leben müssen, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Das muss sich ändern. Wenn jeder, der arbeiten kann, auch arbeitet, meine Damen und Herren, dann haben wir Geld. Mehr als genug Geld für diejenigen, die schon ihr Leben lang gearbeitet haben und für die, die sich um kranke Menschen kümmern müssen und für die, die selbst krank sind.

Aber nein, da kommt man jetzt auf unsere Kommunalpolitiker zu und droht denen mit Krankenhaus-Schließungen. Meine Damen und Herren, diese Schließungen werden

in die Hose gehen, weil sie vor Ort genauso auf Widerstand stoßen wird, wie die Kürzungen bei den Landwirten.

Und ich empfinde es als politische Notwehr der Bauern, was sie machen. Das sind die Ernährer unserer Bevölkerung, die seit Jahrtausenden dafür sorgen, dass wir heute überhaupt hier sitzen, dass unsere Kühlschränke voll sind, dass wir in Deutschland mit die niedrigsten Ausgaben für Lebensmittel in der ganzen Welt haben.

Die Landwirte, unsere Ernährer, sollen sich täglich rechtfertigen, warum sie nicht noch mehr arbeiten, nicht noch mehr Steuern zahlen. Denen wird immer noch mehr das Wasser abgegraben und das von Leuten, die eine Kuh von einer Sau nicht unterscheiden können. Denen wird täglich ein neues Gesetz ans Bein gebunden und gesagt, wie sie ihre Höfe anders bewirtschaften müssen. Ich rufe sie auf, die Özdemirs, die Lindners, die Langs und die Baerbocks: Sie sollen sich doch einen Bauernhof pachten und uns zeigen, wie es geht. Sollen billig und gut arbeiten, möglichst viel und möglichst ökologisch und ohne Pflanzenschutz und ohne Dünger und ohne dass die Kuh pupst. Und sollen gleichzeitig weiterhin die gesamte Bevölkerung ernähren. Dieses Experiment würde scheitern und wir würden am Ende verhungern.

Und genau deshalb stehen wir an der Seite unserer Bauern. Weil es auch im Schachspiel so ist und das wiederhole ich an dieser Stelle: Wenn vorne die Bauern alle gefallen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus der Politik-Elite, dann wird es auch hinten unangenehm im Königs-Stübchen.

Und Christine Singer hat es bereits gesagt: Aus der Corona-Krise lernen, das heißt lernen, wie wichtig und systemrelevant die Bauern sind. Offenbar hat die Bundesregierung nichts verstanden, deshalb fährt sie weiterhin die Ernährer der Bevölkerung an die Wand und mit ihnen die Metzger, die Bäcker, die Wirte, die Handwerker, die Logistiker und die Spediteure.

Diese Berufsgruppen melden sich jetzt alle zu Wort. Und zwar zurecht, weil das diejenigen sind, die dafür sorgen, dass dieses Land läuft. Es gehören auch die Ärzte dazu. Es gehört jede Berufsgruppe dazu. Aber das sind jetzt diejenigen, die sich jetzt vermehrt zu Wort melden und sagen: ‚Wir solidarisieren uns, weil wir sehen, was hier auf dieses Land zukommt.‘

Und mit der CO2-Abgabe und all dieser verfehlten Politik sind all diese Maßnahmen ins Laufen gekommen. Wenn der Sprit plötzlich um 10 Cent teurer wird, wenn die Mehrwertsteuer wieder erhöht wird von 7 auf 19 Prozent in der Gastronomie, wenn Strom, Gas usw. wieder teurer werden, dann trifft das natürlich denjenigen, der in der Früh in die Arbeit geht. Wenn die Heizkosten steigen, wenn die Kosten steigen, und dann stellt sich immer mehr die Frage: ‚Macht es denn noch Sinn?‘

Ist es denn überhaupt noch erwünscht, dass sich in der Früh in die Arbeit gehe oder soll ich zu Hause bleiben? Soll ich denn das Bürgergeld beantragen? Genauso wie viele andere, die es mittlerweile machen. Und ich höre es vermehrt, dass Unternehmer mir sagen, ich hatte schon fertige Arbeitsverträge mit Personen und

dann sagen die mir nach ein paar Tagen: ‚Ich habe das durchrechnen lassen, ich habe am Ende des Monats mehr, wenn ich nicht mehr arbeite.‘

Meine Damen und Herren, wollen wir das denn? Nein, das können wir nicht wollen. Und deshalb muss jetzt endlich eine Politik greifen, die die Zusammenhänge wieder kapiert, die klarstellt: Wir können auf Dauer nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben. Wir können nur essen, wenn wir vorher gesät haben.

Wir können nur fahren, wenn wir Sprit und Fahrzeuge dazu haben und nicht alles Bestehende kaputt machen und alles Bestehende in Frage stellen. Die Ampel soll sich um die Dinge kümmern, die noch nicht funktionieren. Die erneuerbaren Energien vorantreiben und Speichermedien - Stichwort Wasserstoff - und dergleichen wettbewerbsfähig machen, damit wir überschüssige Energie, z.B. den Sonnenstrom speichern können.

Das sind jetzt die Baustellen. Also, liebe Ampel, kümmert euch um das, was noch nicht funktioniert und nehmt die Finger von den Dingen, die seit Jahrzehnten funktionieren: Die Bauernhöfe, die Krankenhäuser und der deutsche Verbrennungsmotor. Seien wir froh, dass wir noch Metzgereien haben. Seien wir froh, dass wir noch Wirtshäuser in unseren Dörfern haben. Wo sich die Leute treffen, wo die Vereine feiern, wo Familienfeste, Geburtstage, Hochzeiten, Trauerfeiern stattfinden und die Menschen zueinanderkommen.

Wenn wir das alles nicht mehr haben, was ist denn dann diese Republik noch? Wir wollen nicht zusehen, dass der Mittelstand ausradiert wird. Wir wollen den Kleinunternehmer, den Bauunternehmer, den Handwerker, den Schreiner, den Metzger, die freiberuflichen Haus und Fachärzte unterstützen und erhalten.

Auch bei den Ärzten sehen wir die Probleme, dass immer mehr investorengestützte medizinische Versorgungszentren entstehen und die Haus- und Fachärzte immer weniger werden. In diesen Versorgungszentren wird das persönliche Gespräch mit dem Patienten nicht mehr geführt, dort kennt man die Familiengeschichte der Patienten nicht mehr und hat nicht mehr das Ohr für sonstige Belange. Der Patient ist dann bestenfalls eine Nummer, die dort abgewickelt wird, an der man Geld verdienen will. Wir wollen diese Entmenschlichung im Gesundheitsbereich nicht.

Und vielleicht ist es eine glückliche Fügung, dass das Thema Landwirtschaft jetzt die ersten Tage des neuen Jahres prägt. Jawohl, wir wollen dort ganz vorne mit dabei sein. Nicht nur, weil wir als FREIE WÄHLER sehr stark aus der Landwirtschaft kommen, weil wir in der bayerischen Landtagsfraktion den höchsten prozentualen Anteil an Landwirten bei den FREIEN WÄHLERN haben, sondern auch, weil wir den gesunden Menschenverstand haben, zu erkennen, dass ohne eigene Lebensmittelversorgung der Staat am seidenen Faden hängt.

Denn die Versorgungssicherheit der Bevölkerung ist das höchste Gut. Und gnade uns Gott, wenn uns die eigenen Lebensmittel ausgingen und wir auf Importe angewiesen wären. Dann ist es vorbei mit der Zeit der billigen Lebensmittel, dann ist es auch vorbei mit den Zeiten, wo deutsche Lebensmittelkontrolleure noch in die Ställe gehen und schauen, ob dort alles rechtens ist. In das chinesische Agrar-Imperium werden sie nicht reinkommen und werden nicht dort kontrollieren können,

was dort los ist. Und deshalb von dieser Stelle aus, vom Dreikönigstreffen der FREIEN WÄHLER in Bad Füssing, ein klares Bekenntnis zu unseren Bauern: Jawohl, wir stehen zu euren Protesten.

Wir werden ganz vorne dabei sein, um mit euch für unsere Bauern zu kämpfen. Dass wir uns dabei an Recht und Gesetz halten, meine Damen und Herren, ist eine Selbstverständlichkeit. Und ich bin bei mehreren Demos mit unterwegs und ich werde dafür sorgen und mich auch dafür einsetzen, dass die Plätze, auf denen bayerische Bauern protestieren, am Ende sauberer verlassen werden, als wir sie betreten. Wir sind nicht diejenigen, die verschmierte Fassaden und Dreck hinterlassen, sondern der Landwirt ist gewohnt, nachhaltig und sauber zu wirtschaften. Auf seinem Hof, in seinem Wald, in seinem Stall. Weil der Bauer weiß, was wichtig ist: Eine heile Natur und eine heile Umwelt.

Und in diesem Sinne glaube ich, dass die Bauern alles Recht dieser Welt haben, sich hier mit friedlichen Protesten zu Wort zu melden und alle Versuche, die Bauern jetzt zu diskreditieren und irgendwelche Unterwanderung herbeizudiskutieren, nur dazu geeignet sind, die Braven unter den Bauern zu verunsichern. In der Hoffnung, dass die zu Hause bleiben, in der Hoffnung, dass diese Debatte einschläft.

Und wenn es dann heißt, die Bauern hätten im letzten Jahr mehr verdient als vorher und das sei jammern auf hohem Niveau, dann sage ich: Meine Damen und Herren, auf den Höfen arbeiten die Kinder mit, arbeiten die Senioren mit. Die Rente wird dort eingebracht. Man fährt nicht in den Urlaub, sondern investiert in den neuen Stall, um billige Lebensmittel zu erzeugen, weil man eben seit Generationen die Höfe auch in schwierigen Zeiten erhält. Und insofern ist es auch kein Wunder, dass wir mittlerweile bei den Bauern eine enorm hohe Burnout-Rate haben. Auch das müssen wir einmal sagen an dieser Stelle.

Die Landwirte sind teilweise kaputt gearbeitet, weil sie von Montag in der Früh bis Sonntag in der Nacht ranmüssen. Und diese fleißige Berufsgruppe muss die Bundesregierung hüten wie den eigenen Augapfel.

Und genau so sehen wir doch, dass es schief läuft. Mittlerweile im ganzen Bereich des Mittelstands, spätestens seit dieser grandiosen, in Anführungszeichen, Vorsicht, Ironie, EU Hygiene Richtlinie für Metzgereien, wo wir den Großteil unserer örtlichen Metzger vernichtet haben. Politisch, spätestens seit dem Zeitpunkt, müsste uns doch klar sein, dass dies ein Irrweg ist. Immer nur auf die großen Strukturen zu setzen und die kleinen müssen weg.

Das ist nicht mehr konkurrenzfähig. Die Kleinen, wo das Schwein nur über die Straße getrieben worden ist, ohne Stress, ohne lange Transportwege, ohne CO2, ohne je einen LKW überhaupt zu benötigen, auf kürzestem Wege. Der Metzger hat die Region versorgt, aber der war ja nicht mehr sauber genug. Der muss die neuen Hygieneräume einrichten, der muss dafür 400.000 investieren.

Er musste eine sichere Kasse haben, damit er das nicht einfach schwarz verkauft, meine Damen und Herren, denn dadurch wäre mit Sicherheit die Wirtschaft vor Ort zusammengebrochen. Und bei jedem Handwerker schaut man ganz, ganz, ganz genau hin.

Aber beim Bürgergeld-Empfänger, die arbeitsfähig sind, der Vertrauensschutz genießt, der würde ja das Bürgergeld niemals beantragen, wenn er arbeiten könnte. Ja, er genießt Vertrauensschutz. Aber Vertrauensschutz genießen nicht der Metzger, der Bäcker, der Bauer, der Wirt. Na, diese sind alles potenzielle Querulanten, denen man immer mehr auf die Finger schauen muss. Und genau dort, meine Damen und Herren, müssen wir dieses Weltbild wieder zurechtrücken und uns wieder hinter die stellen, die vor Ort Verantwortung übernehmen.

Und das ist auch der Feuerwehrkommandant vor Ort, das ist der Vereinsvorsitzende, das ist der örtliche Lehrer, das ist der örtliche Bürgermeister. Das sind die Dinge vor Ort, die einfach dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert, und sie dürfen nicht immer gleich mit der Polizei drohen, wenn irgendwo etwas nicht funktioniert. Früher hat man im Dorf zusammengearbeitet und gemeinsam Häuser hochgezogen.

Und heute wissen wir theoretisch alles, wie es richtig ist: von der richtigen Wärmedämmungsverordnung bis zur CO₂- und Flächenschutzbilanz-Norm, die eingehalten werden müssen. Da muss man noch Häuser bauen können. Wir wüssten, wie es geht, aber wir können es nicht mehr. Meine Damen und Herren, warum ist das so? Weil immer mehr Theoretiker am Werk sind. Ich habe es gesagt: Leute in der Landwirtschaft reden mit, die noch nie eine Kuh gesehen haben, Leute in der Politik aktiv sind, die keine Berufsabschlüsse haben und nicht draußen mit den Betroffenen reden, sondern sich in der Parteiideologie von 1960 verlieren und schauen, was darinsteht.

Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht unser Politikmodell. Wir FREIEN WÄHLER reden mit den Bürgern. Wir sind selbst Bürger, wir sind selbst Anpacker, wir sind selbst berufstätig. Wir haben in der Regel selbst zu Hause die Familie und das Vereinswesen kennengelernt. Und aus dieser Lebenserfahrung heraus gestalten wir Politik. Genau dieses Politikmodell spricht mich an. Dieses Politikmodell ist nun endlich im bayerischen Landtag und in der bayerischen Staatsregierung angekommen.

Und ich sage Ihnen, wie wohltuend es ist, dass Bayern eines der wenigen Bundesländer ist, in denen die Grünen nicht regieren und sagen, was man tun sollte, sondern dass hier vernünftige Leute reden. Deshalb ist es gut, dass die FREIEN WÄHLER in Bayern an der Regierung sind und nicht die Grünen. Und die wären dran, wenn wir es nicht wären; dann würde es für eine bürgerliche Koalition nicht reichen.

Und genau dieses bayerische Modell - das brauchen wir in ganz Deutschland. Das brauchen wir auch in der Bundesrepublik Deutschland. Wir brauchen eine Regierung, in der keine Grünen mehr vertreten sind. Stattdessen sollten die Grünen jetzt einmal in sich gehen, zu ihren Wurzeln zurückkehren und sich nützlich machen. Meine Damen und Herren, derzeit erleben wir ein großes Waldsterben im gesamten Harz, von Niedersachsen bis Sachsen-Anhalt, über zig Quadratkilometer.

Wälder sterben wegen des Borkenkäfers ab. Dort werden dringend Leute gesucht, die bei der Aufforstung helfen können. Ich sage den Grünen: Macht euch nützlich und meldet euch für die Aufforstung. Vor vielen Jahrzehnten seid ihr losmarschiert, um die Wälder zu retten. Heute sitzt ihr an verantwortlicher Stelle und seid

mitschuldig daran, dass solche Wälder den Bach runtergehen, weil ihr ideologisch immer mehr Stilllegungen unterstützt. Ihr wollt nicht mehr, dass Schädlinge bekämpft werden.

Sie verfolgen sicherlich auch die Debatte in Bayern, wo im Spessart von den Grünen vehement ein Biosphärenreservat gefordert wird. Wenn Sie mit den Förstern vor Ort sprechen, erklären sie Ihnen, was dort vor sich geht. Mittlerweile haben wir im Wald Probleme mit Schädlingen, auch bei den Eichen. Diese wunderschönen Eichen, die über Jahrhunderte gepflegt wurden, werden vom Borkenkäfer und anderen Schädlingen befallen.

Ob es den Grünen egal ist oder ob es ihnen vielleicht sogar gefällt – denn wenn Äste von den Bäumen herunterfallen, darf kein Wanderer mehr dort hinein, und dann könnten sie erneut Verbotsschilder außen aufstellen. Wo steht ‚Betreten verbote‘. Wenn Sie selbst dorthin gehen, könnten Sie sich möglicherweise beschweren, warum Sie nicht eintreten dürfen. Aber die einheimische Bevölkerung sollte lieber zu Hause bleiben.

Sollte lieber auf die Wärmepumpe von Habeck warten, statt stattdessen das Holz zu verheizen. Wir sagen andersherum: Wir wollen Wälder grün halten, sie bewirtschaften, aber nicht immer mehr stilllegen. Auch wir setzen uns für Naturschutz ein. Aber ich verstehe unter Naturschutz, meine Damen und Herren, durchaus den Erhalt grüner Wälder, in denen die Bäume noch atmen und leben, CO₂ speichern – nicht jedoch Gebiete, wo Quadratkilometer Wald sterben und das CO₂ nutzlos in die Luft gelangt, um dann in einem Niemandsland verbrannter Erde zu enden, wo nur eine Grassteppe wächst, aber keine Wälder mehr existieren.

Das ist grüne Realpolitik. FREIE WÄHLER wollen Politik, das heißt Wälder erhalten, nicht alles stilllegen. Und so denken wir in Zusammenhängen. Wir wollen eine heile, intakte Natur, in der aber auch der Mensch seinen Platz hat. Und genau das ist auch ein großes Unterscheidungsmerkmal einer FREIE WÄHLER Naturschutzpolitik und einer Grünen Naturschutzpolitik. Die Grünen meinen, die Welt sei erst dann wieder heil, wenn der Mensch verschwunden ist.

Wenn man beispielsweise in Niedersachsen nicht mehr duldet, dass die Schafe, die die Hochwasserdeiche pflegen, weil man lieber Wölfe haben will. Der Wolf frisst die Schafe, dadurch verschwinden sie von den Deichen, die Deiche werden nicht mehr gepflegt, und infolgedessen werden die Deiche vom Hochwasser überspült und das Agrarland erobert. Dann erscheint die Welt wieder heil in den grünen Augen. Wenn der Mensch bis hierhin im Wasser steht, davonlaufen muss und dann schreien die, siehst du den Klimawandel.

Meine Damen und Herren, natürlich spielt der Klimawandel eine Rolle, aber wir müssen auch das Hochwasser vernünftig managen. Und in vielen Fällen sieht es nun in Niedersachsen ganz danach aus, als seien hier Fehler gemacht worden. Wenn ich dort mit den Landwirten, den Jägern, den Tierhaltern und den Schafhaltern spreche, sind es genau ihre Argumente. Sie dulden es nicht länger, dass wir unsere Deiche verteidigen müssen.

Heute bedeutet es, dass wer die Deiche indirekt beseitigt, dafür sorgt, dass der Mensch weichen muss. Und genau das wollen wir nicht. Wir sagen, der Mensch gehört auch zur Schöpfung dazu. Alles muss natürlich richtig gesteuert sein. Aber wer so menschenfeindlich auftritt wie die Grünen, wer den Menschen aus dem Ökosystem entfernen will, wer dem Menschen bald nicht mehr erlauben will, sich zu entfalten, meine Damen und Herren, weil er ja CO2 ausstößt

Meine Damen und Herren, da ist man auf dem Holzweg, da folgt man einer gefährlichen Ideologie. Deshalb sind wir überzeugt davon, dass wir die Vernunft verteidigen müssen. Wir müssen die Menschheit vor dieser grünen Ideologie schützen, die plant, Nahrungspläne umzustellen, die keine Wohnungen mehr auf dem Land haben möchte, die den Menschen kein Eigenheim gönnen will und die ihnen die Lebensfreude nehmen möchte.

Wir wollen glückliche und zufriedene Menschen, und nicht Menschen, die jeden Tag mit Weltuntergangsängsten herumgeistern, die mangelernährt sind und die weder Fleisch essen sollen noch Kinder bekommen dürfen. Es sollen mehr FREIE WÄHLER und weniger Grüne sein. Das ist die Lösung vieler Probleme in diesem Land, meine Damen und Herren. Und es ist auch sehr wichtig, dass das Thema Eigentum - Eigentum ist die Grundlage von Freiheit - beachtet wird.

Meine Damen und Herren, wer ein eigenes Häuschen hat, der ist weniger abhängig von den Mietpreisen. Man ist weniger abhängig von staatlichen Zuschüssen und man ist weniger abhängig von politischen Manövern. Und deshalb ist es ein großer Lebenstraum vieler junger Menschen, für ein eigenes Häuschen zu sparen oder Omas Häuschen zu übernehmen, zu sanieren und weiterzuführen. Genau in diese Idylle hinein haben die Grünen im letzten Jahr massive Unruhe gebracht mit einem Heizungsgesetz, das nicht zu Ende gedacht war oder vielleicht genau zu Ende gedacht war, um die jetzigen Häuser überwiegend für nicht mehr in Ordnung zu erklären.

Man muss die Häuser massiv sanieren, und das erfordert einen enormen Aufwand. Hunderte von Milliarden Euro für Deutschland kann niemand bezahlen können, ohne zu bemerken, dass die Leute unruhig werden. Besonders schwer einzuhalten ist auch die Verordnung. Die neue Wärmepumpe mit Isolierung können wir uns einfach nicht leisten. Dann kam die Ansage: ‚Na ja, es gibt jetzt große Staatszuschüsse.‘ und kaum waren diese Staatszuschüsse versprochen, hat man dann die Haushaltssperre erlassen müssen und hat festgestellt ‚Hoppla, diese hunderten Milliarden haben wir ja gar nicht mehr‘. ‚Aber hoppla, da fahren ja ein paar Bauern mit Traktoren rum, denen könnten wir ja den Agrardiesel streichen – vielleicht geht dann wieder was.‘

Meine Damen und Herren, genau das sind die Manöver, die wir kritisieren. Lasst doch den Leuten mal ihren Frieden. Sobald jemand genügend Geld auf der Bank hat – wenn er überhaupt nur einen Euro zur Seite wirtschaften kann, bei dieser Inflation –, wird er doch ohnehin in sein Häuschen investieren. Er wird sich eine bessere, effektivere Heizung einbauen, eine Wärmedämmung einbauen, neue Fenster einbauen – wird eine neue Haustür einbauen, wird eine Dachdämmung einbauen, wenn er es sich leisten kann.

Und wenn es sich breite Bevölkerungskreise nicht leisten können, dann wird auch Papa Staat auf Dauer nicht genügend Knete haben, solche Dinge zu subventionieren. Und schon gar nicht, wenn man bei uns die Industrie an die Wand fährt und sich dann feiern lässt, weil die CO2-Emissionen zurückgehen. Meine Damen und Herren, ich habe dann getwittert: ‚Neueste Meldung: Der Mehlverbrauch von Bäckereien, die die Produktion eingestellt haben, ist gesunken.‘

‚Hurra, Hurra! Der Mehlverbrauch ist gesunken‘, auch wenn die Bäckerei nicht mehr backt. Und genauso ist es mit der Debatte. ‚Hurra, Hurra! Wir stoßen weniger CO2 aus!‘ Jetzt kommt alles aus China. Das Produkt muss noch über die halbe Welt gefahren werden. Also, da muss man doch in Zusammenhängen denken können und muss sagen: ‚Lieber ist mir doch, dass das Industrieprodukt in Deutschland gefertigt ist.‘ Nicht nur, weil wir damit Arbeitsplätze hier haben, sondern auch weil wir damit unabhängiger von Importen sind und Wohlstand für uns erarbeiten. Auch aus ökologischen Gründen, weil wir damit weniger weltweiten Transport brauchen, als wenn wir uns zurücklehnen und meinen, die ganze Welt würde für uns arbeiten und uns Fleisch, Autos und so weiter möglichst günstig ins Land karren.

Meine Damen und Herren, das ging nur so lange gut, solange unsere Arbeitskraft produktiver war als im Ausland. Wenn jemand ein Auto produziert hat, hat in anderen Regionen der Welt ein ganzes Dorf daran gearbeitet, uns zu ernähren oder in anderer Hinsicht zu unterstützen. Aber mittlerweile bauen sie die Autos selbst. Mittlerweile kaufen wir die Autos von ihnen.

Mittlerweile werden die Verbrennungsmotoren nicht mehr in Fabriken in Deutschland gebaut, sondern in China. Und mit diesem ideologischen Verrückten des Verbrennungsmotors, vorangetrieben auch von den Schwarzen in den letzten Jahren. Meine Damen und Herren, Schwarz, Rot, Grün, Gelb - da können sie sich alle die Hand geben. Diese Verbrenner haben jahrelang den Kurs bestimmt, und jetzt, weil die Industrie wohl oder übel diesen Weg mitgegangen ist, werden sie nicht aus pragmatischer Überzeugung, sondern aus ideologischer Überzeugung abgelehnt.

Aber die Rahmenbedingungen waren ebenso. Und wenn du nicht einen so hohen Prozentsatz an Elektromobilität lieferst, dann bekommst du Strafzahlungen. Und jetzt stehen Sie in meinen Augen an einem Scheideweg, denn wir sehen: ‚Hoppla, die Chinesen wollen nicht nur das, was wir wollen, sondern auch den Verbrennungsmotor.‘ Und sie haben diesen mittlerweile. Es dauert nicht mehr lange, bis sie uns von dort beliefern, sofern wir sie überhaupt noch bezahlen können, meine Damen und Herren.

Und dann wieder die EU. Das Ausstiegsdatum 2035 war doch etwas zu ambitioniert. Wir schaffen es wohl doch nicht. Wir bleiben doch beim Verbrenner, auch weil die Fahrzeuge – die Feuerwehrfahrzeuge, die Polizeifahrzeuge, die Speditionen, die quer durch Europa fahren wollen – eben doch nicht mit dem Elektro-LKW ans Ziel kommen. Es wird wohl doch noch einmal verlängert werden müssen. Und dann wird die Autoindustrie sagen: ‚Aber leider Gottes haben wir keine heimischen Produkte mehr, weil ihr gesagt habt, in ein paar Jahren steigen wir aus.‘

Na ja, das waren die Vorgänger. Die haben das nicht kapiert. Wir kapierten es jetzt. Wir sagen: ‚Wir steigen wieder ein.‘ Und genauso jetzt die Debatte. Jetzt diskutieren wir plötzlich wieder über den Atom-Einstieg. Vor wenigen Wochen haben wir zwei vom Netz genommen. In einer Situation, wo 15 Prozent des bayerischen Stroms von diesem Kernkraftwerk noch gekommen wären. Die Bundesregierung hat aber ideologisch gesagt: ‚Wir machen dicht, meine Damen und Herren.‘ Mir wäre es auch lieber, wir könnten nur von Photovoltaik und Wind leben.

Aber wenn es eben nicht geht, muss man realistisch sein. Ich muss pragmatisch sein und sagen: ‚Jawohl, ich werde die Atomenergie so lange nutzen, bis ich genügend Speichertechniken habe, um den erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien, den ich zu Spitzenzeiten im Überfluss erzeuge, zu speichern und nicht abschalten zu müssen.‘ Dann können wir sehen, ob es funktioniert. Aber wir sollten nicht einfach sagen: ‚Weil es im Parteiprogramm der letzten 20 Jahre stand, muss abgeschaltet werden, dann wird eben abgeschaltet und die Lichter gehen aus.‘

Dann wird die CO₂-Bilanz leiden, weil wir Kohle verbrennen, mehr Gas verströmen als früher oder weil wir den auch so sauberen Atomstrom dann von den Tschechen und Franzosen beziehen. Aber dann ist die deutsche Welt in Ordnung. Meine Damen und Herren, wir müssen mit diesen vier Tricks aufräumen. Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein. Wir dürfen uns nicht ständig selbst hinters Licht führen, nach dem Motto: ‚Aus den Augen, aus dem Sinn.‘

Aber das ist genau jene grüne Politikergeneration, die ihnen von klein auf alle Hindernisse aus dem Weg geräumt hat, denen man bis zur Volljährigkeit vorgegaukelt hat, dass sich der Kühlschrank automatisch füllt und der Papa den ganzen Tag Bäumchen pflanzt. In Wirklichkeit war vielleicht der Papa in einer Industrie beschäftigt, wo er ein hohes Monatsgehalt nach Hause brachte und Industriegüter produzierte.

Aber das hat man alles ausgeblendet. Meine Damen und Herren, ich verurteile weder den SUV noch den Arbeitsplatz des Papas, sondern ich verurteile diese Doppelzüngigkeit der politischen Eliten, die hier den Leuten Sand in die Augen streuen. Sie gaukeln der breiten Bevölkerung vor, dass alles im Schlaraffenland abläuft, dass CO₂ auf allen Kanälen reduziert werden muss, ohne zu Ende zu denken, dass dieses CO₂ dann eben anderswo in gleicher Dimension ausgestoßen wird.

Und dann stehen wir vor der ganzen, realistisch schönen Frage: Will unser Volk Wohlstand reduzieren? Sind wir bereit, Wohlstand abzugeben? Sind wir bereit, auf den Bali-Urlaub zu verzichten und dafür lieber im Hort zu helfen, Bäume zu pflanzen? Oder sind das alles nur schöne Reden, die andere umsetzen sollen? Und, meine Damen und Herren, dann kommen wir zu dem Kernthema: Was soll ich tun?

Was sollen andere tun? Ich war noch zur Zeit der Wehrpflicht bei der Bundeswehr. Und ich bin überzeugt, es war einer der größten Fehler der Nachkriegszeit, die Wehrpflicht auszusetzen. Denn auf der einen Seite hatten wir eine einsatzfähige Armee, da der Verteidigungsgedanke an jedem Familientisch diskutiert wurde - und zwar verantwortungsvoll. Auch die eigenen Söhne waren bei der Bundeswehr.

Und heute heißt es vielfach: ‚Na ja, das ist ja deren Job.‘ Haben Sie ja selbst ausgesucht, die Berufssoldaten. Auf der anderen Seite fehlen vielen Leuten heute die sozialen Kontakte in den Pflegebereich, in den Sozialbereich und in den Bereich der technischen Hilfsleistungen, wo dann eben die Nicht-Wehrpflichtigen, die dann verweigert haben, sondern eben in den sozialen Diensten eingesetzt wurden. Genauso wertvoll haben sie sich um den Zusammenhalt der Gesellschaft gekümmert.

Das fehlt heute allen, und genau deshalb ist es wichtig, dass wir eine soziale Vision für alle hätten: Männer wie Frauen, Migranten wie Deutsche. Da sollen dann alle mit anpacken und sich für diesen Staat nützlich machen. Das bedeutet, sich auch bei der Bundeswehr für die Verteidigung des Landes zu engagieren, in Altenheimen sowie im Sozialbereich zu helfen, beim Umweltschutz zu unterstützen und bei der Bekämpfung von Hochwasser oder wo auch immer Hilfe gebraucht wird.

Damit hier wieder ein Staatsbewusstsein entsteht, damit man wieder weiß, in welchem Land man überhaupt lebt, für welches Land man sich überhaupt einsetzt, für welches Land man Steuern bezahlt. Und ich sage Ihnen voraus: Allein dieser Gedanke, dass junge Leute im heranwachsenden Alter wieder für die eigene Gesellschaft eingesetzt werden, dort auch Zustimmung erfahren, dort auch einen Schulterklopper bekommen und gesagt bekommen ‚Danke, dass du mir geholfen hast‘, dort Anerkennung, Wertschätzung und auch soziale Integration erfahren.

Diese Dinge wären unbezahlbar, deutlich sinnvoller als irgendwelche gescheiterten Integrationskurse, wo nach einigen Wochen viele gar nicht mehr hingehen. Meine Damen und Herren, diese Leute vernünftig in diese Gesellschaft eingebunden, an Arbeitsplätzen, wo sie gebraucht werden, und Zuspruch erfahren, würde diesem Land helfen. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass wir in diese Richtung vorwärts gehen müssen. Aber natürlich sagen viele Leute zu Recht: ‚Was soll ich mich denn da als junger Mensch hier noch einsetzen für ein Land, wo die Regierung das Geld in alle Welt verschenkt? Wo regierende Vertreter sagen, sie können mit Deutschland gar nichts anfangen? Warum soll dann die 18- oder 19-Jährige mit Deutschland etwas anfangen können, wenn schon unsere Regierenden mit Deutschland nichts anfangen können?‘

Meine Damen und Herren! Ich habe das Thema Eigentum aufgerufen. Ich will dort noch anknüpfen. Es muss weiterhin Lebensziel einer jungen Generation sein, sich ein eigenes Häuschen zu schaffen. Und da muss ihnen der Staat helfen und darf nicht mit immer mehr unsinniger Bürokratie alles verhindern. Wir haben heute eine Situation, dass bereits beim Bau aus Wut die Diskussion losgeht.

Die Erde aus dem Boden zu heben, ist plötzlich Sondermüll und wird in nicht wenigen Fällen von Westdeutschland bis nach Ostdeutschland mit dem LKW gekarrt, um diesen dort in Deponien zu entsorgen, weil dort Aluminiumanteil vorhanden ist. Meine Damen und Herren, es ist aber flächendeckend in diesen Baugebieten der natürliche Ausgangsstoff oder die natürliche Beimengung. In vielen Fällen noch, Gott sei Dank, darf man den Garten damit aufschütten.

Auf der anderen Seite sagt man, wir müssen möglichst viel von den Baustoffen recyceln. Noch einmal Bürokratie, die dazu führt, dass der Normalbürger heute sich

kaum mehr selbst beim Hausbau helfen kann. Früher hat man mit Nachbarschaft, mit der Verwandtschaft sein eigenes Häuschen gebaut, zumindest überwiegend. Da kommen der Elektriker, der Heizungsbauer und ein paar andere Gewerke dazu, was man selber nicht konnte.

Man konnte sich selbst einigermaßen helfen. Das hat dazu geführt, dass bis in die 1980er Jahre hinein jeder kleine Beamte oder Postbote, eine Bedienung im Supermarkt, jeder Normalverdiener mit etwas Sparsamkeit und Eigenleistung zu einem kleinen Häuschen gekommen ist. Und heute haben wir zwei Gutverdiener, die sich kaum mehr eine Wohnung in den Städten leisten können, weil wir Standards hochtreiben, weil wir Bürokratie erzeugen, weil wir Kosten produzieren ohne Ende.

Es sei denn, man kriegt Bürgergeld. Dann gibt es Wohnung und Heizung gratis plus 560 Euro. Ich spreche von den Menschen, die dieses System ausnutzen. Und diejenigen, die dieses System so herbeiführen, weil sie offenbar nicht mehr wollen, dass Häuser gebaut werden, weil sie sagen, die Zeit der Einfamilienhäuser sei vorbei. Wir müssen noch mehr Fläche sparen und dürfen keine Häuser mehr bauen.

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen wieder eine Rückbesinnung auf das Eigenheim. Und es muss unser Ziel sein für die Zukunft, dass wir wieder einen höheren Anteil an Menschen in Deutschland haben, die ein eigenes Häuschen haben, nicht mal mehr die Hälfte der Bevölkerung hat eigenes Wohneigentum. Damit sind wir Schlusslicht in Europa. Im früher kommunistischen Rumänien haben über 90 Prozent der Bevölkerung ein eigenes Haus, in Deutschland nicht mal die Hälfte.

Und ich gehe sogar den Schritt weiter und sage, dass dieses eigentumsfeindliche Machwerk dazu führt, dass sich Menschen immer mehr von der Leistung entfernen, dass sie immer weniger sehen. Es macht Sinn, sich selbst einzubringen, denn wenn der Staat dies für einen genauso erledigt, als wenn man es selbst tut, warum soll ich es dann selbst tun? Warum soll ich mich ärgern müssen?

Und damit gehen wir in eine Richtung, wie es in der DDR gewesen ist, dass man Eigentum in der Landwirtschaft, im Mittelstand, bei den Betrieben argwöhnisch beäugt. Dass sich derjenige, der nur ein Handwerksbetrieb oder Kleinunternehmen hat, hunderttausendfach rechtfertigen muss für alles, was er tut.

Es muss wieder so sein, dass die jungen Menschen sagen, ich will den Betrieb der Eltern übernehmen. Ich will Selbständiger werden, ich will dort hin. Und dass die öffentliche Hand, dass die Politik, dass die Verwaltung diese Unternehmen besser unterstützen anstatt ihnen wie jetzt die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wieder nach oben drehen.

Dass diese Menschen sagen, ich kann nicht Hunderttausende investieren, ist klar. Das Ergebnis: Aufhören ist die Lösung. Nein, meine Damen und Herren, aufhören darf nicht die Lösung sein, sondern anpacken. Anpacken muss wieder die Lösung werden. Wir müssen wieder nach vorne schauen, dass gearbeitet wird, dass Häuser gebaut werden, dass Familien gegründet werden, dass auch Steuer gezahlt wird - aber für eine vernünftige Politik.

Dann wird dieses Volk auch wieder zufriedener. Die Menschen sind doch deshalb so sauer, weil sie nicht mehr wissen, wo hinten und vorne ist. Weil die Bundesregierung

nicht mehr weiß, wo hinten und vorne ist. Dass diese Regierung über Jahr hinweg total verunsichert hat, vor lauter Genderdebatten. Was darf man noch sagen, wo ist es politisch korrekt, wo ist es nicht mehr korrekt, wo ist es Satire, wo ist es Vorurteil?

Wir wollen moralisch in diesem Land wieder viele Dinge geraderücken und wir müssen diesen Staat, diese Gesellschaft von unten her wieder neu stabilisieren. Beginnend mit der Siedlungsstruktur, beginnend mit der Thematik Kindergärten, Schulen, mit der Thematik innere Sicherheit, mit der Thematik Lebensmittelversorgung, mit der Thematik Arbeitsplätze, wo einfach jeder weiß, Arbeit muss sich wieder lohnen und wir müssen wieder mehr Grundvertrauen hineinbringen, nicht noch mehr Arbeitszeit-Dokumentation.

Aber dass wir heute schon hören, dass selbst die Arbeiter auf der Baustelle nicht mehr wissen, wie sie ihren Arbeitsbeginn richtig dokumentieren, dass egal ist, ob noch Beton auf die Baustelle kommt, dann läuft hier etwas falsch. Hauptsache, es ist richtig dokumentiert, dass man auf der Baustelle ist. Dass es im Pflegebereich häufig heute scheinbar wichtiger ist, dass richtig dokumentiert ist, als dass die Oma gekämmt ist. Ob sie wirklich gekämmt ist, ist zweitrangig. Meine Damen und Herren, wir müssen die, die dort arbeiten, wieder vor diesem Bürokratiemonster schützen, müssen wieder Arbeit erledigen.

Wir brauchen wieder Pragmatiker statt Ideologen. Deshalb mehr FREIE WÄHLER und weniger Grüne. Meine Damen und Herren! Ja, und auch das Thema ist Thema innere Sicherheit ist wichtig. Wir haben uns schon 2015 anzusprechen trauen, meine Damen und Herren, wo ich auch persönlich gesagt habe, immer wenn es über 100.000 Menschen pro Jahr hinausgeht, wird Zuwanderung schwierig. Das wurde mir damals massiv um die Ohren gehauen. Die Früchte der Politik der letzten Jahre sehen wir heute, dass wir in Berliner Stadtvierteln und nicht nur dort mittlerweile Entwicklungen haben, wo Polizei und Co. in die Defensive gedrängt werden, wo wir nicht mehr Herr der Lage sind, in vielen Fällen vorsichtig formuliert und wo sich viele Einheimische fragen, ob das noch so weitergehen kann.

Jeder, der Kritik an dieser Fehlentwicklung äußert, bekommt den rechten Stempel aufs Auge gedrückt. Nein, meine Damen und Herren, auch hier haben wir das Rückgrat die Dinge gerade zu rücken. Die Einheimischen sind diejenigen, die dieses Land aufgebaut haben. Und wenn neue Leute jetzt hinzukommen, dann sind sie herzlich willkommen, wenn Sie sich an die Gesetze halten, wenn sie sich in diesen Staat einbringen, wenn sie arbeiten und fleißig sind. Sie sind aber nicht willkommen, wenn sie an der Grenze die Pässe wegschmeißen.

Wir müssen wieder so viel Selbstbewusstsein entwickeln, dass wir sagen, wir bestimmen, was in diesem Land abläuft. Wir stellen hier die Regeln auf, und wer zu uns kommt, hat sich diesen Regeln zu unterwerfen. Oder er soll zu Hause bleiben. Und genau hier wäre auch eine Migrationspolitik endlich wichtig, die hier international genau diese Weichen stellt. Ich weiß nicht, ob eine feministische Außenpolitik in Nordafrika nutzt, dass man sagt, lass' diese Leute gar nicht erst in die Schlepperboote einsteigen, lass' sie gar nicht erst durchs Land wandern und im Gegenzug fördern wir wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir erzeugen Erneuerbare

Energien in Nordafrika, dass die Leute zu Hause Arbeit finden, dass der Staat auch andere Einnahmen hat und Status.

Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die wir vor Ort ansteuern müssen, mit dem Ziel, in unserem Land Ordnung zu halten und nicht zu sagen, ich kümmere mich zunächst mal um diejenigen, die alle nach Deutschland wollen und überlasse sie dann irgendwo ihrem sozialen und sonstigen Schicksal. Meine Damen und Herren, mit dem Bürgergeld ist es nicht getan.

Viele versuchen natürlich, dort eine eigene Community aufzubauen, bauen Parallelgesellschaft auf. Das ist eine logische Folge, wenn in dieser großen Zahl Menschen zu uns kommen, dass sie sich untereinander in einer Community absichern und dann Strukturen aufbauen. Dass die Justiz und Polizei in gewisse Strukturen gar nicht mehr reinkommen, sondern dass dort dann der Scharia-Richter bestimmt und der Bandenkrieg tobt.

Und hier ist es ganz klar nötig, diese Dinge offen beim Namen genannt werden. Und wenn wir in den letzten Tagen wieder hören, das ist ja auch immer mehr Usus, dass hier mit Macheten herumfuchtelt wird, weil das irgendwie vielleicht doch zum kleinen Handwerkszeug gehört. Dann muss ich sagen: Nein, das wollen wir nicht in diesem Land. Dass Menschen bedroht werden, dass hier Gewalt ausgeübt wird innerhalb der Familien, innerhalb der Clans, dass Gewalt und Druck auf Kinder ausgeübt wird.

Das muss dieser Staat gezielt angehen. Natürlich müssen wir uns auch um die Abgasnormen unserer Autos kümmern. Und ob der Abbruch vom alten Haus richtig entsorgt ist und ob das neue Haus eine richtige Wärmedämmung hat und welche CO2-Werte der Ofen hat und wie viel Nitrat-Salz im Leberkäse ist. Aber wir müssen auch überprüfen, wer in unseren Städten die Straßen beherrscht, wer die Kriminalität dort ausübt, wer dort Drogenhandel betreibt und wer dort Schutzgelder erpresst.

Auch dort müssen wir hinschauen. Also hören wir auf, im Kleinklein unsere arbeitende Bevölkerung mit immer mehr Bürokratie zu nerven, sondern kümmern wir uns um die wirklichen Probleme dieses Landes.

Und das traue ich mir auch zu sagen, dass wir nicht mehr länger wegschauen dürfen, wenn in Supermärkten bei uns bandenmäßig geklaut wird. Das gibt es. Tunesische Gangs aus Asylbewerberheimen meinen, tonnenweise Lebensmittel und Sonstiges raustragen zu müssen und nicht bezahlen zu müssen. Und dann soll man den Mantel des Schweigens darüberlegen, weil der dumme Kunde sie jährlich bezahlt.

Aber bitte keine Schlagzeilen, denn man will ja nicht, dass man dann dieses Klischee hat, gegen Migranten was zu haben. Nein, wir haben nichts gegen Migranten, aber wir haben was gegen Ladendiebe. Meine Damen und Herren, egal ob es Einheimischer oder Migrant ist.

Und genau das erwartet die Bevölkerung. Und dann bin ich überzeugt, dass es keine großen Proteste mehr geben wird, wenn man den Landwirten den Diesel weiterhin bezahlt, weil sie ja in vielen anderen Ländern überhaupt keine Steuer auf den Diesel bezahlen, sondern mit Heizöl fahren, aber mit Deutschland konkurrieren, weil sie woanders keine Nitrat Messungen vornehmen, weil sie woanders ganz andere Tiere pro Quadratmeter haben dürfen und die Spediteure dort billigeren Sprit bekommen.

Weil sie andere Arbeitszeitregelungen haben in der Metzgerei, weil es in der Bäckerei weniger Bürokratie gibt, weil es im Mittelstand niedrigere Steuern und höhere Renten gibt. Bei weniger Lebensarbeitszeit, weil es auch für die arbeitende Bevölkerung mehr Netto vom Brutto gibt, weil es mittlerweile eine niedrigere Inflation in vielen anderen Ländern gibt.

Nur Deutschland marschiert momentan rückwärts. Selbst wenn die Politik sagt, wir müssen hier Arbeitsunwilligen den Honig etwas zudrehen, dann gibt es mit Sicherheit wieder ein Grundsatzurteil, das dem irgendwelche Sachen zustehen, weil das Herr Heil angekündigt hat.

Leistung muss sich lohnen, um den Sozialstaat aufrecht zu erhalten. Wir brauchen wieder ein Bewusstsein, dass ein Staat nur dann funktioniert, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten. Wenn wieder Werte etwas gelten. Ehrlichkeit, Anstand, Fleiß, Sparsamkeit. Und das sind Dinge, meine Damen und Herren, die immer mehr untergraben werden. Und deshalb, glaube ich, ist es höchste Zeit, dass wir FREIE WÄHLER dieses Jahr 2024 zu einem Jahr der FREIEN WÄHLER erklären.

Ein Jahr, wo Christine Singer mit vielen Mitstreitern in Brüssel ins Europaparlament einzieht, um dort eine bessere Europapolitik zu machen. Wir haben mit unseren jetzigen zwei Europa Vertretern Ulrike Müller und Engin Eroglu, denen ich von dieser Stelle aus herzlich danke, Linie gehalten, als die Union für eine Bargeld-Obergrenze gestimmt hat und wir gesagt haben: Nein, wir wollen keine Bargeld-Obergrenze, denn die Obergrenze ist der erste Schritt zur Abschaffung von Bargeld.

Zweiter Punkt Brennholz. Wir waren vernünftig und haben gesagt, wir wollen das Brennholz als Erneuerbare Energie. Unions-Vertreter haben das anders gesehen, sind zurückgerudert. Auf uns ist Verlass. Wir wollen auch in einigen anderen Bundesländer ins Parlament einziehen.

In diesem Jahr, wo ich überzeugt bin, dass wir den Einzug in Sachsen schaffen können und auch schaffen müssen, meine Damen und Herren, um eine bürgerliche Koalition nötig zu machen und nicht eine Situation, wo am Ende im Raum steht, dass die Union entweder mit Grünen und Linken regieren muss. Wir brauchen starke FREIE WÄHLER, um Extreme von links und rechts im Zaum zu halten.

Und ja, wir müssen 2025 spätestens in den Deutschen Bundestag hinein. Nicht weil uns zu Hause langweilig wäre, nein, wir FREIE WÄHLER sind politisch immer dann aufgetreten, wenn wir gesehen haben, andere machen es schlecht. Ansonsten werden viele von uns weiterhin ihrem Beruf nachgehen. Aber ich sage: Wir können diesem Leiden in Berlin nicht mehr länger zusehen.

Es ist mittlerweile unterlassene Hilfeleistung, wenn man dort zusieht, wie sie dieses Land an die Wand fahren. Und deshalb wollen und müssen wir FREIE WÄHLER hier ran. Wir müssen in Berlin auch eine bürgerliche Koalition ermöglichen. Die Grüne müssen raus, FREIE WÄHLER müssen rein, um dort wieder vernünftige Gesetze hinzubekommen, um die Zukunft dieses Landes zu sichern, um uns nicht endgültig weltweit kaputt zu machen in Wirtschaft, in Sicherheitsfragen und dergleichen mehr, sondern um uns wieder an die Spitze der Industrienationen zu setzen.

Und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr. Von der kommunalen Basis über die Ehrenamtler, über die vielen Mittelständler, über alle Arbeitstätige und Arbeitswilligen bis hin zu den sozial Schwachen, die nicht anders können, die wir von Herzen unterstützen wollen.

Wir wollen unser Land wieder aufbauen, das in sich schlüssig ist, das in sich funktioniert, wo auch der Bürger weiß, das sind Leute von nebenan. Bei den FREIEN WÄHLERN sind Leute vornedran, die dafür brennen, dieses Land richtig zu regieren. Deshalb wollen wir anpacken, anpacken für Bayern, anpacken für Deutschland, anpacken für Europa mit den FREIEN WÄHLERN.